

Liebe GenossInnen, sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte mich kurz vorstellen. Mein Name ist Gerd Beck. Ich bin Vorsitzender des linken Unternehmerverbandes OWUS-Thüringen e. V. und stellv. Vorsitzender des OWUS-Dachverbandes und Mitglied der AG linke UnternehmerInnen.

Ein wesentliches Vorurteil gegenüber der LINKEn ist, dass wir nichts von Wirtschaft verstehen würden. Dabei haben wir im Erfurter Programm ein klares Bekenntnis zu Klein- und mittelständischen Unternehmen.

Leider wird dies in der gelebten politischen Praxis nicht hinreichend deutlich. Das liegt nach meinem Empfinden hauptsächlich daran, dass wir viel zu wenig zwischen den Konzernen und Finanzoligarchen und den KMU differenzieren. Viel zu oft gewinnt man aus den Aussagen von linken PolitikerInnen den Eindruck, als ob alle Unternehmen und UnternehmerInnen schlecht seien, in Geld schwämmen, lügen und betrügen und die Rettung der Gesellschaft schon gelinge, wenn man diese Schädlinge nur kräftig genug zur Kasse bitte.

Sicher ist es richtig, dass man beim Blick auf die Finanzkrise zwingend auch auf das Steuersystem schauen muss, denn es geht bei alledem nicht zuletzt um Verteilungsfragen, und die werden richtigerweise über das Steuersystem geregelt. Leider haben wir in der BRD eine Steuerpolitik, die den Mittelstand extrem belastet. Auf der anderen Seite werden Unternehmensgewinne und große Kapitaleinkommen in ebenfalls extremer Weise geschont.

Richtigerweise betonen wir, dass es eigentlich genau umgekehrt sein müsste. Denn die wachsende Ungleichheit der Einkommen ist ein wesentlicher Teil der Krise. Wenn sich das Kapital am oberen Ende ballt, führt das dazu, dass immer mehr Geld in hochspekulative Geschäfte fließt.

Gebraucht wird also zuerst ein Stopp der Umverteilung von der Mitte nach oben und nach unten.

Die Mittelschicht betrügt sich selbst, wenn sie sich als ökonomische Oberschicht ansieht. Das macht sie zum Instrument der wirklichen wirtschaftlichen Oberschicht. Eine vorrangige Aufgabe des Steuersystems wäre es, eine wirkliche Entlastung des Mittelstands zu schaffen.

Da meine ich nicht nur die Facharbeiter sondern auch den Arzt oder Steuerberater, die bei Weitem nicht zu den wirklichen Topverdienern gehören, auch wenn das viele meinen.

Aktiv haftende und tätige UnternehmerInnen aus dem KMU-Sektor wären massiv zu entlasten. Ebenso muss der sogenannte Mittelstandsbauch abgebaut und die kalte Progression abgestellt werden.

Einige PolitikerInnen des linken Spektrums wollen allerdings schon alle, die nach einem mühsamen Arbeitsleben 300.000 oder 400.000 Euro auf der hohen Kante haben als Reiche behandeln. Dabei sind das die Stützen der Gesellschaft, haben etwas geleistet und waren sparsam.

Auch wer eine oder zwei Millionen Euro besitzt ist eigentlich kein reicher Mensch – er oder sie kann gerade mal eigenverantwortlich leben. Mit zwei Millionen Euro hat man aus Zinseinnahmen ca. 60.000 Euro im Jahr. Damit wird man zum souveränen, wenig erpressbaren Bürger.

Auf der anderen Seite ist das bürgerliche Lager für die Machtstrukturen und wirklichen Mechanismen der Finanzoligarchie blind.

Leute wie Ackermann von der Deutschen Bank sind nichts anderes als gut bezahlte Spitzenbeamte im Dienst des Finanzkapitals, das sind und waren alles nie Unternehmer. Und diese Leute ziehen die Politik – und damit uns Bürger – über den Tisch.

Die LINKE setzt dagegen die Forderung große Vermögen in der Substanz zu besteuern. Ich nenne hier die populistischen Schlagworte Millionärsteuer und Vermögensteuer.

Eine Vermögensteuer ist nicht grundsätzlich abzulehnen – aber nur mit einem hohen Freibetrag von zwei oder sogar drei Millionen Euro und ab da dann mit einer ordentlichen Progression.

Für persönlich haftende UnternehmerInnen müsste man sogar eine regelrechte Steuersubvention einführen und auch die Erben von KMU entlasten, wenn sie selbst den Betrieb weiterführen.

KMU tragen nämlich ein enormes Risiko. Das braucht die Gesellschaft, das müssen wir belohnen, das darf nicht bestraft werden. Aber genau das machen wir – nicht nur über das Steuersystem, sondern mit noch einer ganzen Reihe anderer Vorschriften. Wir machen die KMU auch mit Bürokratismus platt.

Es wird nicht honoriert, dass ein KMU in seinem Betrieb Haftung und damit Verantwortung übernimmt.

Was für Schlussfolgerungen ergeben sich nun für uns als LINKE ?

Es ist wichtig, dass wir in unseren Aussagen ganz deutlich differenzieren zwischen den tätigen UnternehmerInnen und den Finanzoligarchen, Couponabschneidern und Konzernbossen. Dazu einige Beispiele:

Wenn wir den gesetzlichen, einheitlichen, flächendeckenden Mindestlohn einfordern, dann dürfen wir nicht dabei stehen bleiben, alle paar Monate hinsichtlich der Lohnhöhe eine neue Sau durchs Dorf zu treiben. Wir müssen begreifen, dass es drei bis fünf Jahre dauert, bis sich ein Mindestlohn in tatsächliche Kaufkraft umsetzt. Für diese Zeit brauchen Kleinunternehmen z. B. im Einzelhandel – die keine dicken Rücklagen haben, wie die Konzerne - konkrete Hilfen um den Mindestlohn zahlen zu können. Diesen Unternehmen reicht es jedoch nicht, wenn wir bei der Benennung dieser Hilfen im Ungefähren bleiben. Sie erwarten von uns, dass wir konkret sagen, wie die Gestaltung der Übergangsphase aussehen soll.

Gleichzeitig müssen wir auch für einen Höchstlohn eintreten. Die Lohnspreizung in einem Unternehmen sollte nicht höher als der Faktor 20 sein. Das heißt der höchste Lohn im Unternehmen darf nicht höher sein, als das Zwanzigfache des niedrigsten Lohnes. Alles was darüber liegt darf nicht mehr als Betriebsausgabe gewinnmindernd abzugsfähig sein.

Eine entsprechende Regelung könnten wir per Antrag schon zum Jahressteuergesetz 2013 fordern.

Über die Finanztransaktionssteuer wird viel geredet. Die EU-Kommission hat bereits in 2011 einen Entwurf für eine entsprechende EU-Richtlinie vorgelegt. Praktisch getan hat sich jedoch nichts. Ich erinnere daran, dass wir in der BRD noch zu Beginn der 1990-er Jahre eine Börsenumsatzsteuer hatten. Warum wird dieses Gesetz nicht wieder inkraft gesetzt – eventuell gemeinsam mit Frankreich und Österreich ? An den Börsen werden viele Geschäfte gemacht, die für die Ökonomie in der BRD letztlich schädlich sind. Es wäre kein Schaden, das wegzubesteuern.

Ich habe schon etwas zur Vermögensteuer gesagt. Es reicht aus meiner Sicht nicht, nur die Forderung nach deren Wiedereinführung zu propagieren. Das ist aus meiner Sicht nur plumper Populismus. Wir müssen den Menschen – insbesondere dem Mittelstand – deutlich sagen, wie wir uns die Bemessungsgrundlage der Vermögensteuer vorstellen. Das müssen wir ganz konkret mit Beispielen tun. Die Menschen müssen wissen, was meinen wir, soll Vermögen sein und was ein Gegenstand des täglichen Bedarfs, wie wollen wir den Wert einer Immobilie ermitteln usw. Außerdem müssen die Befürworter der Vermögensteuer endlich konkret sagen, wie das Erhebungsverfahren gestaltet werden soll und was die Steuererhebung kosten wird. Denn das Fatalste wäre, wenn sich am Ende herausstellt, dass die Steuererhebung selbst in praxi mehr Geld kostet als überhaupt eingenommen wird. Eine Steuer nur zur Befriedigung von Neidkomplexen eines Teils der Bevölkerung halte ich für unnützlich und gefährlich.

Einige drängende Probleme ergeben sich z. B. auch im Bereich der sozialen Absicherung von KMU und ihren Familien. OWUS hat dazu mit der Initiative zur sozialen Sicherung Selbständiger eine Diskussionsgrundlage auf den Tisch gelegt. Es wäre wichtig dieses Thema als Komplexthema zu behandeln, das heißt nicht nur an den einzelnen Komponenten herumzudoktern sondern Renten-, Kranken-, Pflege und Arbeitslosenversicherung sowie Steuern als Teile eines Ganzen zu begreifen und die entsprechenden FachpolitikerInnen an einen Tisch zu bringen. Die von Frau von der Leyen geplante RV-Pflicht für alle Selbständigen ist z. B. in der vorgesehenen Form nicht hinnehmbar.

Ähnlich verhält es sich mit der von der BA für Arbeit und dem BMAS betriebenen Kampagne gegen die ca. 125.000 KleinstunternehmerInnen, die Hilfen zum Lebensunterhalt – also Hartz IV – benötigen. Sie werden mit pseudowissenschaftlichen Studien zu Schädlingen an der Volkswirtschaft geschlagen, während es in Ordnung scheint, das ca. 1,2 Mio. ArbeitnehmerInnen als sogenannte Aufstocker von ihrem Niedriglohn nicht leben können. Hier ist unsere Bundestagsfraktion gefordert, gegenzuhalten und z. B. mit entsprechenden Anfragen Aufklärung zu verlangen. Wir von OWUS geben dabei gern Unterstützung.

Schließlich brauchen wir am Ende ein generelles Umdenken in der Wirtschafts- und Steuerpolitik. Wir brauchen den Wandel von der unbedingten Konkurrenz zu Kooperation.

Hauptziel des Wirtschaftens darf letztlich nicht mehr der höchstmögliche Finanzgewinn sein, sondern muss der höchstmögliche Beitrag der Unternehmung zum Gemeinwohl sein. Das heißt, daß die heutigen Finanzbilanzen zu Nebenbilanzen werden und die Gemeinwohlbilanz zur Hauptbilanz, an der z. B. auch der Zugang zu Subventionen ausgerichtet wird.

Mit dem Wechsel zur Gemeinwohl-Ökonomie besteht die Möglichkeit auf dem Boden des Grundgesetzes den sozial-ökologischen Wandel im breiten gesellschaftlichen Konsens umzusetzen.

Der Weg dahin wird lang und steinig sein. Ich würde mir jedoch wünschen, dass dabei von den PolitikerInnen öfter als bisher der Sachverstand der tätigen UnternehmerInnen mit einbezogen wird, damit wir gemeinsam handeln – aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung.